



Einwohner von Donezk in einem Luftschuttkeller

# Die Chaos-Republiken

**Ukraine** Das Projekt Neuruslands ist vorerst gescheitert. Die Separatisten im Donbass sind untereinander zerstritten, auch Moskau kann sie kaum kontrollieren – und sie doch nicht fallen lassen. Deshalb riskiert der Kreml neue Sanktionen.

**D**er Saal der Oper von Donezk fasst knapp tausend Menschen, und am Montag vergangener Woche war jeder Platz besetzt. Auf der Bühne stand ein kleiner alter Mann von 77 Jahren mit schwarzem Toupet: Jossif Kobson, Russlands

berühmter Bariton, Duma-Abgeordneter, Putin-Freund und Träger des russischen Ordens „Für Verdienste am Vaterland“. Eingeladen hatte ihn die Separatistenregierung der „Donezker Volksrepublik“. Er wollte zeigen, erklärte der im Donbass geborene Sän-

ger, „dass man die Verteidiger Neuruslands nicht auf die Knie zwingen kann“.

Kobson ist wegen seiner patriotischen Sprüche bereits in Lettland unerwünscht, auch Kiew hat ihn zur Persona non grata erklärt. Er reiste trotzdem in die Ukraine, über



die von den Rebellen kontrollierte Grenze, und mit ihm Chor und Orchester der Streitkräfte des russischen Innenministeriums, insgesamt mehr als hundert Mann. Die russischen Grenzzoffiziere standen Schlange, um sich mit ihm fotografieren zu lassen.

Es war der Tag nach der ukrainischen Parlamentswahl, die Volksrepubliken von Donezk und Luhansk hatten sie boykottiert. Und sie hatten an jenem Sonntag auch nicht, wie der Rest des Landes, die Uhren auf Winterzeit gestellt.

In Donezk gelte nun endlich Moskauer Zeit, freute sich Kobson auf der Bühne. Dann sang er die alten sowjetischen Lieder: von den Kranichen, vom Ruhm der Armee-Offiziere und vom „Tag des Sieges“.

Gemeinsam mit dem Premier der Rebellensrepublik stimmte er schließlich das Lied „Ich liebe dich, Russland“ an. „Es ist, als sei die UdSSR zurückgekehrt“, seufzte gerührt eine ältere Dame im Parkett.

Und ein bisschen ist es ja auch so. Die Volksrepubliken stehen Russland nahe und werden von Moskau unterstützt. Doch die russische Folklore soll auch verschleiern, dass der Kreml ratlos ist, wie es im Donbass weitergehen soll. Jeden Tag demonstriert Wladimir Putin seine Entschlossenheit, sich überall in der Welt behaupten zu wollen: Er lässt seine Bomber über der Ostsee patrouillieren und kündigt an, weitere 1,2 Millionen Quadratkilometer im Nördlichen Eismeer in Besitz zu nehmen. Nur das Projekt Neurussland kommt offenbar nicht voran.

Die ukrainische Armee werde sehr bald einen Angriff auf Neurussland starten, schon weil Kiew im Winter die Kohle aus dem Donezk-Becken brauche, behauptete ein Moskauer Politologe. Ein Abgeordneter der Staatsduma verglich die Situation nach der ukrainischen Wahl sogar mit jener in Deutschland Anfang der Dreißigerjahre, „als dort die Faschisten auf einer Welle des Nationalismus und Antikommunismus an die Macht“ gekommen seien.

Dass sich bei der Kiewer Wahl am 26. Oktober die Radikalen durchgesetzt hätten, ist auch die Sichtweise des russischen Fernsehens – obwohl es in Wirklichkeit genau umgekehrt ist: Die rechtsextremen Parteien haben nicht einmal den Sprung über die Fünfprozenthürde geschafft.

Noch gibt es keine Koalition und keine Regierung, für viele Russen aber steht bereits fest: In Kiew hat mit der Volksfront von Premier Arsenij Jazenjuk die „Kriegspartei“ gesiegt. Während Präsident Petro Poroschenko sich mit dem Verlust des Donbass möglicherweise abgefunden habe, wollten Jazenjuk und seine Anhänger das Gebiet zurückerobern.

Moskaus Fernsehsender setzten vorige Woche unbeirrt ihre gehässigen Angriffe aufs Nachbarland fort. Wohl auch, um jeden Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer ganz anderen Wahl zu zerstreuen – jener nämlich, die die Separatisten für das erste Novemberwochenende angesetzt hatten.

Der Westen hatte erwartet, dass Russland sich von diesem Alleingang der selbsternannten Volksrepubliken distanziert. Schon einmal, als die Rebellen im Mai ein Referendum über die Unabhängigkeit ihrer Gebiete ausriefen, hatte Putin an sie appelliert, diese Aktion zu verschieben. Diesmal aber kam es anders.

Außenminister Sergej Lawrow erklärte bereits fünf Tage vorher, Moskau werde die Ergebnisse dieser Wahl anerkennen. Sie sei unabdingbar, um die Machthaber in beiden Volksrepubliken „zu legitimieren“. Das war eine weitere Brückierung

des Westens, denn damit spitzt Moskau die ukrainische Krise zwei Monate nach der Waffenstillstandsvereinbarung von Minsk wieder zu. Poroschenko sprach von einer „Bedrohung für den Friedensprozess“. Weder die USA noch die EU wollen das Wahlergebnis anerkennen.

Sah es in den vergangenen Wochen eher nach Entspannung aus, so ist damit nun die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland weiter in die Ferne gerückt.

Präsident Putin aber tut so, als sei wieder einmal allein die Kiewer Regierung schuld. Die hätte sich in Minsk bereit erklärt, noch im November Lokalwahlen im Osten durchzuführen, sich aber nicht daran gehalten, sondern die Abstimmung in den Dezember gelegt. Dumm nur: Die Separatisten selbst haben seiner Behauptung widersprochen. Es habe in Minsk gar keine Terminabsprachen gegeben, man hätte die Wahl so oder so ohne Einverständnis Kiews durchgeführt, erklärte der Premier der Donezker Volksrepublik.

Beteuert Putin also öffentlich wieder einmal das Gegenteil und treibt insgeheim die Bildung eines selbstständigen Staates im Osten der Ukraine voran? Ganz so einfach ist es nicht.

Natürlich sähe der Kreml es lieber, wenn sich die Separatisten an das Minsker Abkommen hielten, sagt der Moskauer Sicherheitsexperte Alexej Arbatow. Denn von dieser Vereinbarung hängen der gesamte Friedensprozess und die mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ab. Aber Moskau könne den Führern im Donbass auch nicht sagen: Unterstellt euch Kiew und seinen Gesetzen. „Dann ist von denen einen Tag später keiner mehr übrig“, sagt Arbatow, „dann marschieren Kiews Truppen ein, und Russland muss sich fragen, wofür es all die Sanktionen in Kauf genommen hat.“

Das zeigt, dass Neurussland nicht von Anfang an ein Projekt Moskaus war. Den Aufstand in Donezk hatten der gestürzte Präsident Wiktor Janukowytch und seine Gefolgsleute begonnen; Putin hat die Situation später genutzt, um den gesamten Osten von Charkiw bis Odessa zu einer Revolte gegen die Kiewer Führung anzustacheln. Das hat nicht geklappt, und so hält der Kreml die Donezker Scheinrepubliken jetzt gerade mal so am Leben, trennen kann er sich von ihnen jedoch nicht.

Russland hat zwar bei der Vorbereitung der Wahlen in Donezk mitgemischt und dafür gesorgt, dass Rivalen des amtierenden Premiers rechtzeitig aus dem Rennen genommen wurden. Ansonsten aber beschränkt sich Moskau auf symbolische Aktionen. „Weiß der Teufel, was aus Neurussland wird“, sagt ein Mann aus dem Führungszirkel der Rebellen.

Die russischen Medien verschwiegen sogar einen dramatischen Hilferuf von Igor

Strelkow, dem früheren „Verteidigungsminister“ der Donezker Volksrepublik. Der hatte vor wenigen Tagen im Internet erneut vor dem Untergang der Volksrepublik gewarnt. „Die kleinen, kaum bewaffneten und schlecht geführten Verbände der Volkswehr werden ohne direkte russische Hilfe bald zerschlagen sein“, so Strelkow: „Neurussland wird aufhören zu existieren, bevor es zum Leben erwacht.“

Der Appell war wohl als Druckmittel Richtung Moskau gedacht. Die Lage in Donezk und Luhansk ist tatsächlich kritisch. Aber nicht mangelnde Unterstützung für die Volkswehr ist das Problem, sondern die prekäre soziale Lage. Die Menschen dort wissen nicht, wie es weitergeht.

Zwar gab es auch vergangene Woche trotz des Waffenstillstands vereinzelt Kämpfe – am Donezker Flughafen, am Eisenbahnknotenpunkt Debalzewe und im Süden des Gebiets. In Donezk selbst aber blieb es weitgehend ruhig.

Diese Woche sollen die Schulen dort wieder öffnen, obwohl die Lehrer seit Juli kein Gehalt bekommen haben; Kiew hat die Überweisungen eingestellt. Nur für die Kindergärten und Krankenhäuser der Rebellenrepubliken stellt die Staatskasse noch Geld bereit. Die Separatistenführung hat den Lehrern bisher nur eine Kompensation von etwa 200 Euro gezahlt. Renten gibt es schon lange nicht mehr.

Vor allem die Staatsbetriebe wissen nicht, wie sie überleben sollen. Im Operntheater, in dem Jossif Kobson auftrat, ist nur ein Drittel der Mitarbeiter zurückgeblieben, drei der vier Regisseure wurden entlassen, der vierte soll in Kiew sein. Wer noch zum Dienst kommt, lebt von humanitärer Hilfe, mangels Geld gehen viele zu Fuß zur Arbeit.

In Donezk gibt es ausreichend Lebensmittel, jedoch in 38 Orten der Umgebung keinen Strom, mitunter kein Wasser und kaum Medikamente, die Preise für Kohle sind in die Höhe geschneilt.

Doch die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor: Bleiben im Winter die Hochöfen der Stahlwerke um Donezk und auch die Koksanlagen kalt, dürften Zehntausende ihre Arbeit verlieren. Wird es den Separatistenführern dann auch gelin-

gen, den Unmut allein in Richtung Kiew zu lenken, obwohl sie es ja waren, die die Verbindungen zum Rest des Landes kappten?

Die Regierung der Volksrepublik kündigte jetzt die Gründung einer eigenen Staatsbank an; eine eigene Akademie der Wissenschaften soll ebenfalls entstehen. Doch der Aufbau staatlicher Strukturen kommt in Wirklichkeit nicht voran, auch weil die Separatisten keine Volkswirte

das Minsker Abkommen nicht akzeptieren. Unkontrollierbar geworden sind vor allem die Kosaken, die 80 Prozent des Gebiets von Luhansk kontrollieren – sie haben dort einen eigenen Staat ausgerufen, die „Luhansker Demokratische Republik“. In Luhansk selbst ist die Lage besonders kompliziert, weil die Stadt zum Teil in der Hand krimineller Banden ist.

Selbst in Donezk regt sich Gegenwehr. Vor drei Wochen rief eine Partei namens

„Neurussland“ zu einer Kundgebung im Stadtzentrum auf und prangerte dort die offiziellen Machthaber der Separatistenrepublik wegen ihrer Abmachungen mit Kiew an. Der Waffenstillstand müsse sofort beendet werden, die Angriffe auf die ukrainischen Stellungen seien wieder aufzunehmen, forderten die Redner.

Kurz darauf wurde auf den „Neurussland“-Führer, der im Frühjahr noch als „Volksgouverneur“ von Donezk auftrat, ein Attentat verübt. Danach wurde der Wahlstab des Separatistenpremiers überfallen, angeblich von Kämpfern eines Kommandeurs, der in der 50 Kilometer entfernten Stadt Horliwka sitzt und die Regierung in Donezk ebenfalls nicht anerkennt.

„Es ist schwer, auf dem Territorium der Volksrepubliken jemanden zu finden, mit dem sich Abmachungen treffen lassen“, schrieb vergangene Woche die Moskauer Zeitschrift *Ogonjok*. Genau das ist Putins größtes Problem. Solange es in Donezk keine ernst zu nehmenden Ansprechpartner gibt, wird Kiew keine Gespräche mit den abtrünnigen Gebieten aufnehmen. Und so lange wird es auch keinen Frieden geben.

Die Wahlen im Donbass sollten diesem Übel abhelfen und Separatistenpremier Sachartschenko den Anschein von Legitimität verleihen.

Doch im Unterschied zum Unabhängigkeitsreferendum im Mai interessierten sich bis kurz vor der Abstimmung nur äußerst wenige Bürger dafür.

So wenige, dass die Wahlkommission der Rebellen verkündete, nicht nur Ansässige, sondern auch „Internationalisten“ aus Russland abstimmen zu lassen. Jene Leute, „die hierhergekommen sind, um mit der Waffe in der Hand die Freiheit des Donbass zu verteidigen“.

Christian Neef



Präsident Poroschenko: Mit dem Verlust des Donbass abgefunden?



Rebellen-Premier Sachartschenko, Sänger Kobson: „Ich liebe dich, Russland“

sind – ihr Premier Alexander Sachartschenko, der meist in Felduniform auftritt, gilt als Mann der Militärs.

Zudem nehmen die Auseinandersetzungen unter den Machhabern in Donezk und Luhansk zu, was in Moskau mit Entsetzen beobachtet wird. Ihre Volkswehr ist in verschiedene Gruppierungen zerfallen, von denen jede ein anderes Ziel verfolgt. Die einen erkennen die Führer der Volksrepubliken nicht an, andere wollen